

Blickpunkt



Landtag



Ich berichte für Sie und den Kreis Warendorf
aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen



Inklusion

Kinderbildungsgesetz (KiBiz)

Lebensmittelkontrolle



Liebe Leserinnen und Leser,

in den vergangenen Wochen und Monaten wurde in NRW viel über die Inklusion – die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit einem Handicap – geredet und geschrieben. Dabei fällt mir immer wieder auf: Die die rot-grüne Landesregierung tut zu wenig, um die Menschen für das Thema zu gewinnen. Die Weichen für den Erhalt von Selbstständigkeit und Lebensqualität werden falsch gestellt. Das betrifft nicht nur den Schulbereich, sondern gilt auch für unsere alternde Gesellschaft.

Inklusion ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und kann nur gemeinsam gelingen. Damit Inklusion gelingt, braucht es mehr Taten, weniger Worte. 67 Prozent der schwerbehinderten Menschen in Nordrhein-Westfalen sind über 60 Jahre, nur vier Prozent unter 25. Für die Menschen mit Behinderung steht der weitere Abbau von Barrieren und echte Beteiligung im Blickpunkt. Sonntagsreden reichen nicht. Seit Vorlage des Aktionsplanes zur Inklusion im Sommer 2012 durch Rot-Grün warten die Menschen vergeblich auf konkrete Maßnahmen, die



(Bild: Albrecht E. Arnold/pixelio.de)

ihre konkreten Lebensumstände verbessern. Der Schulbereich macht es deutlich: Mit dem verabschiedeten, umstrittenen Inklusionsgesetz von Rot-Grün wird das gemeinsame Lernen behinderter und nicht-behinderter Kinder nicht gelingen. Die Landesregierung muss schleunigst nachbessern. Das gemeinsame Ziel der Inklusion ist zu wichtig. Es darf nicht mit unausgereiften Konzepten und Rechtsunsicherheiten vor die Wand gefahren werden. Das alles zeigt wieder einmal: Entgegen der eigenen Ankündigungen lässt Rot-Grün zahlreiche Kinder in NRW zurück – und mit ihnen die Eltern, Schulen und Lehrer.

Ihre

Astrid Birkhahn

Laumann wechselt nach Berlin



Karl-Josef Laumann wechselt vom CDU-Fraktionsvorsitz im NRW-Landtag nach Berlin. Dort wird er Staatssekretär im Gesundheitsministerium für die Themen Patienten

und Pflege. In seiner letzten Rede im Düsseldorfer Landtag bedankte sich Laumann bei allen Kolleginnen und Kollegen mit Emotionen. „NRW ist ein tolles Land mit tollen Menschen und bleibt meine Heimat“, so Laumann. Der scheidende Fraktionsvorsitzende ließ es

sich nicht nehmen, in seiner Rede noch einmal auf Themen einzugehen „die ihm besonders am Herzen liegen“. Vor dem Hintergrund des verabschiedeten Haushaltsgesetzes (2,4 Milliarden Euro neue Schulden in 2014), mahnte er die Landesregierung, die Schuldenbremse ernst zu nehmen. Zudem müssen in den kommenden Jahren die Energiewende und der demografische Wandel im Mittelpunkt des politischen Handels stehen, so Laumann. „Respekt vor der Leistung für unser Land, unsere Partei und unsere Fraktion! Wir verlieren eine beeindruckende Persönlichkeit. Für die neue Tätigkeit in Berlin alles Gute und Gottes Segen“, wünschte Birkhahn.

„Kinderbildungsgesetz zum Wohle von Eltern und Kindern fortsetzen“

Die CDU-Landtagsfraktion fordert die rot-grüne Landesregierung auf, die Weiterentwicklung des Kinderbildungsgesetzes (KiBiz) nicht weiter zu verschleppen. Dazu hat sie nun einen Antrag in den Landtag eingebracht. Das KiBiz wurde am 1. August 2008 von der schwarz-gelben Koalition in NRW eingeführt. Das Gesetz gilt seitdem für die Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege.

„Mit dem KiBiz hat die CDU Nordrhein-Westfalen zu einem kinder- und familienfreundlichen Bundesland gemacht und damit in den Jahren 2005 bis 2010 die richtigen Prioritäten gesetzt. Diese sehen wir unter Rot-Grün gefährdet“, sagte Birkhahn. Am 1. August 2011 nahm die rot-grüne Landesregierung die erste Revision des KiBiz vor. Nach Meinung vieler Experten gingen die Reformen jedoch in die falsche Richtung. Hauptkritikpunkte sind nach der Auffassung der Sachverständigen vor allem die mangelnden qualitativen Verbesserungen für die Bildungsarbeit in der Kinderbetreuung und die Einführung der Beitragsfreiheit im letzten Kitajahr. „Eine gute Kita wird an ihrer Angebotsqualität gemessen – nicht daran, ob sie kostenlos ist“, so Birkhahn. Vor diesem Hintergrund hat die CDU ihren Antrag zur Verbesserung der außerfamiliären Betreuung und bedarfsgerechten Kinderbetreuung ins

Plenum eingereicht. Darin fordert sie unter anderem:

- Einführung von flexiblen Öffnungszeiten für Kitas. Nur mit bedarfsgerechten und flexiblen Öffnungszeiten können Eltern und Kinder von unnötigen Organisationsproblemen entlastet werden.
- Praxistaugliche Regelungen zu Vertretungsreserven sowie die Entwicklung der Fort- und Weiterbildungsvereinbarungen für das Betreuungspersonal.
- Mehr Eltern und Kinder mit Zuwanderungsgeschichte für Kitas gewinnen.
- Die Finanzierung von Hauswirtschaftskräften in den Kindertageseinrichtungen sicherstellen, damit versorgungsintensive Situationen beim Mittagessen bewältigt werden können.

Für die Umsetzung dieser und weiterer Eckpunkte sollen mindestens 100 Millionen Euro bereitgestellt werden. Das soll haushaltsneutral geschehen. Das heißt: Es wird keine zusätzlichen Belastungen für den Landeshaushalt geben.

„Wir wollen die Kinder und Eltern in NRW weiter unterstützen. Wir erwarten, dass die rot-grüne Regierung dies erkennt und den von uns eingeschlagenen Weg zum Wohle der Kleinsten fortsetzt“, sagte Birkhahn.

Schlaglichter der Plenarwoche im Düsseldorfer Landtag

Am 18. und 19. Dezember kam der Landtag das letzte Mal in diesem Jahr zusammen. Kurz vor der besinnlichen Zeit des Jahres wurde noch einmal heftig debattiert und Anträge sowie Gesetze auf den Weg gebracht. Es stand die dritte Lesung zur Feststellung des **Haushaltsplans**



auf der Tagesordnung. Die Landesregierung will im kommenden Jahr 2,4 Millionen Euro Schulden machen. Der Schuldenberg von Nordrhein-Westfalen wächst damit auf 132 Milliarden Euro. Zur Diskussion stand unter anderem ein Antrag der CDU-Landtagsfraktion zur Neustrukturierung der **Wohnraumförderung**. Zudem brachte die CDU einen Antrag ins Plenum ein, der einen besseren **Schutz von Stalking-Opfern** fordert. Eine hitzige Debatte gab es um die zweite Revisionsstufe des **Kinderbildungsgesetzes (KiBiz)**. Den Anstoß dazu gab der entsprechende Antrag der CDU (siehe Artikel oben). Zudem forderten CDU, FDP und Piraten durch einen Runden Tisch mit den 14 Fanprojekten die **Fußballkultur und Fanprojekte wertzuschätzen und nachhaltig zu unterstützen**. Alle Entscheidungen der vergangenen Plenarwoche finden Sie im Internet unter: www.landtag.nrw.de.

Rot-Grün legt die Axt an die soziale Wohnraumförderung

Angesichts der Situation auf dem Wohnungsmarkt in Warendorf und den anderen Städten im Kreisgebiet fordert die CDU-Landtagsabgeordnete Astrid Birkhahn, mehr bezahlbaren Wohnraum für Gering- und Normalverdiener sowie für Familien mit Kindern zu schaffen. Eine Reform der Wohnraumförderung in Nordrhein-Westfalen ist notwendig, denn es besteht dringender Handlungsbedarf beim Thema Sozialer Wohnungsbau. Die CDU-Fraktion hat dazu jetzt im Landtag einen Antrag eingebracht. „Unter rot-grüner Regierungsverantwortung befindet sich die Wohnraumförderung in NRW im Sinkflug. Von den 800 Millionen Euro, die dieses Jahr an Fördermitteln zur Verfügung stehen, wurden bis zum 31. Oktober gerade einmal 16 Prozent abgerufen. Zum Vergleich: Die CDU-geführte Landesregierung hatte 2010 rund eine Milliarde Euro zur Verfügung gestellt, wovon zum gleichen Stichtag bereits 80 Prozent abgerufen worden waren. Das rot-grüne Förderprogramm, das nachweislich nicht abgerufen wird, ist verfehlt und somit gescheitert“, sagte Birkhahn.

Die CDU-Landtagsfraktion will das mit ihrem Antrag nun ändern. So soll die für die Förderung von Mietwohnungen geforderte Eigenkapitalmindestleistung von derzeit 20 auf 15 Prozent gesenkt werden. Wettbewerbsverzerrungen zwischen den kreisfreien Städten Bonn, Düsseldorf, Köln und Münster und deren Umlandkommunen sowie zwischen den einzelnen

Ruhrgebietsstädten sollen durch Anpassungen der Bewilligungsmieten bzw. der Mietstufen beseitigt werden. Und: Der Förderung des Wohneigentums soll wieder eine stärkere Bedeutung zugemessen werden. Birkhahn: „Zentrales Ziel muss es sein, die Schaffung von Wohnraum für diejenigen Haushalte zu unterstützen, die sich auf den Wohnungsmärkten nicht angemessen mit Wohnraum versorgen können. Rot-Grün trägt die Verantwortung dafür, dass es auf dem Wohnungsmarkt in NRW für kleine und mittlere Einkommen immer enger wird. Diesem Ziel sollten sich alle Fraktionen im Landtag anschließen und damit auch unserem Antrag zustimmen können.“



Birkhahn fordert mehr bezahlbaren Wohnraum im Kreis Warendorf.

Lebensmittelkontrolle: Rot-Grün will Kreisveterinäramt Warendorf entmündigen

Die heimische CDU-Landtagsabgeordnete Astrid Birkhahn kritisiert die Pläne von Verbraucherschutzminister Rempel zur Zentralisierung der Lebensmittelkontrolle in NRW. „Rot-Grün plant erneut einen Anschlag auf die kommunale Selbstverwaltung. Minister Rempel will die Lebensmittelüberwachung in NRW zentral unter seine Kontrolle stellen. Unverhohlen befeuert er das Vorurteil, die Städte und Gemeinden würden nur Kontrollen nach Kassenlage machen. Nach Ansicht des Landkreistags verbreitet er falsche Zahlen, um künstlich ein Defizit an Lebensmittelkontrolleuren zu errechnen. Bei Umsetzung der Pläne sind im Kreis Warendorf Veterinäre und Tierärzte betroffen. Außerdem werden auf die Betriebe im Kreisgebiet wie Stockmeyer oder die DMK Deutsches Milchkontor GmbH neue Lasten zukommen“, erklärt Birkhahn. Sie fordert Rem-

mel auf, von seinen Plänen Abstand zu nehmen. Birkhahn: „Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kreisveterinäramtes Warendorf leisten gute Arbeit. Sie sind nun massiv verunsichert. Aus diesem Grund habe ich eine kleine Anfrage an die Landesregierung zu diesem Thema gestellt. Die Änderungsabsichten der Landesregierung sind wieder ein Beispiel für die Bevormundungspolitik der Landesregierung. Der Minister will seinen Zentralisierungswahn von unseren mittelständischen Unternehmen finanzieren lassen. Selbst wenn sich ein Unternehmen einwandfrei verhält, soll es künftig zur Kasse gebeten werden. Die erfolgreiche Lebensmittelkontrolle muss bei uns vor Ort in Warendorf stattfinden – und nicht von Herrn Rempel nach Düsseldorf verlegt werden“, sagt Birkhahn.

Besuche im Landtag

Wie wird ein Gesetz gemacht? Wie arbeitet die Opposition? Was sind die Aufgaben einer Abgeordneten? Antworten auf diese und weitere Fragen erhielten die Besuchergruppe der Ortsunion Sassenberg



Astrid Birkhahn, heimische CDU-Landtagsabgeordnete, begrüßte am 07. Dezember 2013 in Düsseldorf die Besuchergruppe des Sozialverband VdK – Warendorf-Hoetmar. Die 56 Teilnehmerinnen und Teilnehmer hatten sich frühmorgens auf den Weg nach Düsseldorf gemacht, um einen Blick auf die Landeshauptstadt und die Landespolitik zu werfen.

Politik hautnah erlebten 40 Bürgerinnen und Bürger aus dem Kreis Warendorf bei einem Besuch des Landtags Nordrhein-Westfalen in Düsseldorf auf Einladung der heimischen CDU-Abgeordneten Astrid Birkhahn. Die Visite begann mit einer Führung durch das „Hohe Haus“ und einem Vortrag über die Arbeits- und Funktionsweise des nordrhein-westfälischen Landesparlamentes durch den Besucherdienst. Im Anschluss stand Birkhahn der Ortsunion Ostbevern in einem persönlichen Gespräch Rede und Antwort.



Fröhliche Weihnachten



Ihnen und Ihren Familien wünsche ich eine besinnliche Weihnachtszeit. Für das Jahr 2014 wünsche ich Ihnen Glück, Erfolg und vor allem Gesundheit sowie Gottes Segen!

Impressum

Blickpunkt Landtag
für den Wahlkreis Warendorf I
Astrid Birkhahn MdL (v.i.s.d.P.)

Landtagsbüro

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
Telefon: 0211 - 884 - 2744
Telefax: 0211 - 884 - 3346
E-Mail: astrid.birkhahn@landtag.nrw.de
www.astrid-birkhahn.de